

02.10.2018

Pressesprecherin:
Kristina Fabijancic-Müller
Telefon +49 711 22572-34
Mobil +49 160 97272863
kristina.fabijancic-mueller@gemeindetag-bw.de

Gemeinsame Pressemitteilung des Gemeindetags Baden-Württemberg und des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg

Inklusion ist in den baden-württembergischen Städten und Gemeinden angekommen

Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha: „Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf Inklusion, das heißt das Recht auf gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Den Städten und Gemeinden kommt bei der Schaffung einer inklusiven Gesellschaft eine hohe Bedeutung zu.“

Roger Kehle, Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg: „Es gibt verschiedene Wege, die eigene Stadt oder Gemeinde inklusiv aufzustellen. Unsere fünf Modellkommunen, Leutenbach, Bühl, Holzgerlingen, Dußlingen und Schwarzach haben gezeigt, welche unterschiedlichen Möglichkeiten es gibt, um bei Inklusion voranzukommen. Erfolg hat man vor Ort aber nur dann, wenn die Maßnahmen gemeinsam mit den Betroffenen umgesetzt werden und sie sich am örtlichen Bedarf orientieren.“

In Baden-Württemberg ist der Inklusionsgedanke in der Fläche angekommen. Immer mehr Städte und Gemeinden sind dabei, ihre Informationen und Angebote für die Bürgerinnen und Bürger von vornherein so zu gestalten, dass möglichst alle daran teilhaben können. Das Gute daran: Es hilft zum einen den Menschen mit Behinderungen. Es profitieren aber auch viele andere: Ältere Menschen mit Hör-, Seh-, Geh- oder Bewusstseinsbeschränkungen freuen sich über Barrierefreiheit ebenso wie Familien mit Kinderwagen oder die Kinder selbst.

Leutenbach (Rems-Murr-Kreis), Bühl (Landkreis Rastatt), Holzgerlingen (Landkreis Böblingen) sowie Dußlingen (Landkreis Tübingen) und Schwarzach (Neckar-Odenwald-

Kreis) haben am Projekt „Modellkommunen Inklusion 2016-2018“ teilgenommen und beispielhaft gezeigt, dass es sich auch für mittlere und kleine Städte und Gemeinden lohnt, die Herausforderung Inklusion anzunehmen. Bei der Abschlussveranstaltung des Projekts, die heute in Leutenbach stattfand, würdigten der baden-württembergische Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha und Gemeindetagspräsident Roger Kehle das Engagement der teilnehmenden Städte und Gemeinden.

Drei Jahre lang begleitete die Fachstelle Inklusion des Gemeindetags Baden-Württemberg die fünf Kommunen, die unterschiedlich groß sind und mit unterschiedlichen Ausgangspositionen ins Projekt starteten. Dabei ließen sie sich bei ihren intensiven Bemühungen um die Inklusion vor Ort über die Schulter schauen und tauschten sich regelmäßig über ihre Fortschritte, aber auch über die Herausforderungen bei der Umsetzung aus. Neben dem Thema Barrierefreiheit standen die Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Verwaltung, die verständliche Sprache, die Vernetzung und mögliche Kooperationen im Mittelpunkt. Als eine wichtige Erkenntnis aus dem Projekt hob Gemeindetagspräsident Roger Kehle hervor: „Es hat sich gezeigt, wie zielführend es ist, dass jede Gemeinde gemeinsam mit den Betroffenen mögliche Hürden vor Ort erkennt und die Prioritäten für deren Abbau festlegt. Wenn die Maßnahmen bedarfsgerecht und wirtschaftlich umsetzbar sind, werden sie von der gesamten Bevölkerung mitgetragen.“

Von den Erfahrungen der Modellkommunen können alle Mitgliedsstädte und -gemeinden des Gemeindetags Baden-Württemberg profitieren. Die Fachstelle Inklusion des Gemeindetags wird sowohl die fünf Modellkommunen, als auch anderen Mitgliedsstädte und -gemeinden des Verbands bei ihren Integrationsprozessen weiterhin fachkundig beraten. Gesichert wird diese Beratung durch Fördermittel des Sozial- und Integrationsministeriums. Minister Lucha kündigte in der Veranstaltung an, die Förderung in Höhe von 250.000 Euro für weitere zwei Jahre zu verlängern.

„Damit Inklusion gelingen kann, müssen passgenaue Lösungen vor Ort gefunden werden. Wir wissen, wie wichtig die Expertise des Gemeindetages bei diesem Thema ist. Deshalb unterstützen wir den Gemeindetag weiterhin bei dieser wichtigen Arbeit“, so Minister Lucha abschließend.